

Meinungen

Tribüne

Nicht alle, die müssen, können zurückkehren

Abgewiesene Flüchtlinge aus Eritrea sitzen bei uns in der Falle: Für sie braucht es rasch humanitäre Lösungen.

Carsten Schmidt

Der Kanton Bern hat Anfang Juli seine Rückkehrzentren für abgewiesene Asylsuchende in Betrieb genommen. Neu werden diese jetzt separat untergebracht und dies unter Bedingungen, die deutlich machen, «dass sie jetzt wirklich gehen sollen». Besonders schwierig ist das für jene Menschen, bei denen das Rückkehrzentrum nicht nur eine kurze Zwischenstation bis zur Ausschaffung oder freiwilligen Rückkehr ist, sondern Endstation für viele Monate und manchmal Jahre – ohne Perspektive, ohne Integration und mit wenig Kontakt. Unter ihnen auch etliche Familien mit Kindern.



Das Rückkehrzentrum für abgewiesene Asylbewerber in Biel. Foto: Adrian Moser.

Aber warum tun diese Menschen sich das an? Warum kehren sie nicht einfach heim, wie es ihnen das Staatssekretariat für Migration befiehlt? Hier lohnt es sich am Beispiel der Eritreer genauer hinzusehen.

Eritrea ist nach wie vor eine brutale Diktatur ohne Gewaltenteilung und Parlament, mit langjähriger Zwangsarbeit für fast alle, völlig willkürlichen, auch aussergerichtlichen Urteilen, schweren Menschenrechtsverletzungen und fürchterlichen Gefängnissen, zu denen nicht einmal das IKRK Zutritt hat. Der Friedensschluss mit Äthiopien hat daran nichts geändert.

Die Schweiz hat heute eine der restriktivsten Asylpraxen in Westeuropa – wenn nicht sogar die strengste überhaupt – gegenüber schutzsuchenden Eritreerinnen und Eritreern. Dafür wird sie auch von der UNO harsch kritisiert. Kein anderes westeuropäisches Land geht so weit, Gesuchsteller aus Eritrea des Landes zu verweisen, wenn sie keine gezielt gegen sie persönlich gerichtete Verfolgung nachweisen können, und ihre Rückkehr nach Eritrea generell als zumutbar zu erachten.

Die reformierten Landeskirchen der Kantone Bern, Jura und Solothurn haben sich deshalb bereits im April 2018 an Bundesrätin Simonetta Sommaruga gewandt und dargelegt, dass sie die Wegweisungen als nicht fak-

tenbasiert erachten und sie als Ausdruck einer Asylpolitik verurteilen, die mehr dem hohen innenpolitischen Druck Rechnung trägt als der tatsächlichen Schutzbedürftigkeit der Gesuchstellenden. Die Kirchen haben dabei auch ihr Verständnis für jene abgewiesenen Asylsuchenden ausgedrückt, die trotz Wegweisungsverfügung nicht nach Eritrea zurückkehren – vernünftigerweise reist man nicht in ein Land aus, in dem man lediglich mit «überwiegender Wahrscheinlichkeit» davon ausgehen kann, dass einem nichts Gravierendes passiert und man nicht verhaftet und gefoltert wird. Wer von uns würde das tun?

Vor diesem Hintergrund ist die grosse Anzahl von Langzeitnothilfe-Beziehenden aus Eritrea nicht erstaunlich. Diese Menschen sitzen bei uns in der Falle: Weiterreisen können sie nicht, weil sie sonst per Dublin-Mechanismus in die Schweiz zurückgeschafft werden, zurückreisen können sie auch nicht. Sie sind der «Kollateralschaden» einer restriktiven Migrationspolitik mit dem Ziel, die Zahl der eritreischen Asylgesuche um jeden Preis zu senken. Der menschliche Preis, der hierfür gezahlt wird, ist viel zu hoch. Ganz zu schweigen vom gesamtgesellschaftlichen Preis, den wir auf sozialer Ebene mit Hunderten und langfristig Tausenden willentlich gesellschaftlich ausge-

grenzten, dadurch psychisch ruinierten und deshalb dannzumal auch nicht mehr integrierbaren Menschen bezahlen werden.

Erschreckend ist die Konzeptlosigkeit, die in Gesprächen mit den Verantwortlichen in Bund und Kanton zu dieser Problematik offenbar wird. Wird der hier vorgenommenen Analyse häufig noch zugestimmt, so erntet die Frage nach Lösungsmöglichkeiten meist nur Schulterzucken. «Sie müssen halt gehen» wird gebetsmühlenartig wiederholt, auch wenn allen klar ist, dass das nicht passieren wird – bloss keine Anreize schaffen! Um nicht wahrhaben zu müssen, wie unmenschlich und untauglich das Konzept ist, werden Augen, Ohren und vor allem Herzen fest verschlossen. Die Schweiz ist gut beraten, wenn sie rasch wieder zu einer faktenbasierten Einschätzung der Rückkehrmöglichkeiten von Menschen aus Eritrea – und anderen Ländern wie Tibet oder Afghanistan – zurückfindet. Für diejenigen, die jetzt bei uns in der Falle gelandet sind, gilt es, rasch humanitäre Lösungen zu finden – nicht erst dann, wenn sie so kaputt sind, dass ihre Rückkehrfähigkeit aus medizinischen Gründen weggefallen ist.

Carsten Schmidt ist Leiter der Fachstelle Migration der Reformierten Kirchen Bern-Jura-Solothurn.

Und sofort ist der Kapitalismus der Sündenbock

Nein, nicht die Marktwirtschaft ist Schuld am Wirecard-Skandal. Dieses System hat die Welt über die Jahrzehnte besser gemacht.

Marc Beise

Es ist ja nicht so, dass es keine Anzeichen gab. Über die Firma Wirecard ist viel geredet worden, seit Jahren schon. Über ihre Anfänge im Schmutzmilieu. Über den schwer zu durchschauenden Milliardenkonzern. Über mögliche Unregelmässigkeiten. «Die haben Dreck am Stecken», sagten die einen, und andere: «Die sind zu schnell gewachsen, die blicken selbst nicht mehr durch.»

Dennoch: Einen so riesigen Betrug, wie er sich nun abzeichnet, hätte kaum jemand für möglich gehalten. Nicht die Wirtschaftsprüfer und Aufseher, nicht die Politiker und sicher nicht die anständigen Mitarbeiter. Hättet Ihr mal besser hingeguckt, hört man jetzt, und: Wie konnte das passieren?

Wer ganz gross einsteigen will, stellt die Systemfrage, die nach der Herrschaft des Geldes im Kapitalismus oder gar die nach der Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft, in der jeder seinen Vorteil suchen soll, was am Ende dem grossen Ganzen dient. Wenn das aber immer wieder einige gewissenlos ausreizen können – ist dann nicht das System diskreditiert, 90 Jahre nach Bertold Brechts Frage: Was ist ein Einbruch in eine Bank gegen die Gründung einer Bank? (Wirecard ist, wie passend, unter anderem auch eine Bank.) Sind alle – Politik, Behörden, Medien – willfährige Gefangene des Systems? Nein, die schlüssigeren Argumente haben immer noch diejenigen, die kein besseres Prinzip sehen als das der Marktwirtschaft.

Dieses System hat die Welt über die Jahrzehnte besser gemacht, es hat technischen Fortschritt ermöglicht, Hunger gelindert und soziale Errungenschaften finanziert, und besonders gut hat es dort funktioniert, wo die Wirtschaftsordnung einen gesetzlichen Rahmen bekommen hat. Diese Marktwirtschaft ist, bei allen Fehlern, der kongeniale Begleiter der politischen Freiheit.

Der Gegenentwurf einer staatlich gesteuerten Wirtschaft hat nie funktioniert, und ob China im 21. Jahrhun-

dert das Gegenteil lehrt, ist sehr fraglich. Aber ausgerechnet jetzt hat Wirecard das System desavouiert, und das darf nicht mit einem Achselzucken quittiert werden nach dem Motto: Kommt halt vor. Vielmehr gilt es nun genau zu ergründen, warum der grosse Betrug so weit getragen hat, ehe er – immerhin – aufgedeckt werden konnte. Auch bei den Zockerreien der Banken, die zur Finanzkrise

Die schlüssigeren Argumente haben immer noch diejenigen, die kein besseres Prinzip sehen als das der Marktwirtschaft.

2008 führten, wurde nachträglich diese Frage gestellt, und eine plausible Antwort lautete damals: Behörden, Politik und Öffentlichkeit haben angesichts eines komplizierten, aber zunächst erfolgreichen Geschäftsmodells nicht alles verstanden und deshalb nicht genau genug hingesehen – wird schon gut gehen. Ging aber nicht gut, und genau dieses Muster wiederholt sich nun.

Dass die Wirtschaftsprüfer über Jahre Bilanzen durchwinkten, dass die Finanzaufsicht sich zurückhielt, dass die sogenannte Bilanzpolizei mit nur kleinstem Aufwand prüfte, all das ist nicht zu entschuldigen, wohl aber zu erklären: damit, dass man das Geschäftsmodell nur erahnte und sich potenzierte kriminelle Energie nicht vorstellen mochte. Nun kommt es darauf an, die Fehler genau zu analysieren. Der allgemeine Ruf nach mehr Regulierung ist billig. Es gibt davon bereits jede Menge, gerade im Finanzsektor – nur offenbar die falsche. Wenn es gelingt, das zu korrigieren, dann kann die Marktwirtschaft die Scharte auswetzen.

ANZEIGE

Die Bank für grosse und kleine Bilanzen.

Was die Bedürfnisse von Unternehmen angeht, kennen wir uns genauso gut aus wie im Bankwesen. Profitieren Sie von unseren Bankdienstleistungen für Firmen jeder Grösse. Besuchen Sie uns auf migrosbank.ch/firmenkunden.

MIGROSBANK
Rechnen Sie mit uns.